

Hansestadt Stralsund
Der Oberbürgermeister
Büro des Präsidenten der
Bürgerschaft/Gremiendienst

Beschluss der Bürgerschaft

Zu TOP: 9.3

Änderungsantrag zu AN 0138/2024 - Unterstützung der Initiative „Rügen und die Hansestadt Stralsund zur Kernwaffenfreien und Kernwaffenträgerfreien Zone“ zu erklären

Einreicher: Fraktion DIE LINKE., Fraktion Bürger für Stralsund/Adomeit

Vorlage: AN 0146/2024

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Unter Wahrnehmung ihrer verfassungsmäßigen Rechte als Gemeinwesen, in Ansehung der Lebensinteressen unserer Bürger, mit dem Willen, dem Frieden in der Welt zu dienen und dem Ziel, dem menschenverachtenden und friedensstörenden atomaren Wettrüsten ein Ende zu bereiten, fordert die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund:

1. die Bundesregierung auf, das Gebiet der Hansestadt Stralsund bei ihrer zukünftigen Planung von der Lagerung, Stationierung und dem Transport von Atom- und sonstigen Massenvernichtungswaffen freizuhalten,
2. den Kreistag, die Kreistagsabgeordneten sowie die Kreisverwaltung auf, diesen Willen der Hansestadt Stralsund bei Planung und Vollzug von Kreisaufgaben zu berücksichtigen,
3. die Stadtverwaltung auf, diesen Willen der Bürgerschaft bei allen konkreten Anliegen gegenüber den zuständigen Organen durchzusetzen,
4. in dieser Angelegenheit Kontakte mit den Partnerstädten aufzunehmen.

Beschluss-Nr.: 2025-VIII-01-0075

Datum: 30.01.2025

Im Auftrag

gez. Behrendt